

Beschlussbuch
außerordentlicher Landesparteitag in Kiel

Landesverband Schleswig-Holstein

November 2018

	Antragsteller	Überschrift	Beschluss
EU1	Landesvorstand	Mit Leidenschaft und Mut für ein geeintes und solidarisches Europa	(Annahme in geänderter Fassung)
Ä1	AfA	Änderungsantrag zum Antrag EU1	Erledigt Wird zum eigenständigen Antrag erklärt.
Ä2	AfA	Änderungsantrag zum Antrag EU1	Erledigt
Ä3	AsF	Änderungsantrag zum Antrag EU1	(Übernommen durch Antragsteller)
Ä4	Europaforum	Änderungsantrag zum Antrag EU1	(Übernommen durch Antragsteller)
Ä5	Kreisverband Rendsb.-Eckernförde	Änderungsantrag zum Antrag EU1	(Übernommen durch Antragsteller)
Ä6	Juso Landesverband S-H	Änderungsantrag zum Antrag EU1	(Angenommen in geänderter Fassung)
Ä7	AfA	Änderungsantrag zum Antrag EU1	Erledigt Wird zum eigenständigen Antrag erklärt.
Ä8	Kreisverband Ostholstein	Änderungsantrag zum Antrag EU1	(Übernommen durch Antragsteller)
Ä10	Landtagsfraktion	Änderungsantrag zum Antrag EU1	(Übernommen durch Antragsteller)
Ä11		Änderungsantrag zum Antrag EU1	(Übernommen durch Antragsteller in geänderter Fassung)
EU2	Kreisverband Lauenburg	Vor Ort in Europa	Angenommen
EU3	Kreisverband Kiel	Gleiche Pflichten, gleiche Rechte – Ausländerwahlrecht bei der Europawahl ermöglichen	Angenommen
EU4	AsF	Verbindliche gemeinsame Kontrolle und Einschränkung von Rüstungsexporten aus der Europäischen Union – dem Friedensnobelpreis gerecht werden!	Angenommen

EU5	AsF	Deutschland muss die Solidar- und Wertegemeinschaft in Europa fordern und fördern	Erledigt durch EU1
EU6	Kreisverband Steinburg	Grenzkontrollen innerhalb der EU	Angenommen
EU7	Kreisverband Nordfriesland	Spitzenkandidatur zur Europawahl	Erledigt
EU8	AsF	Personalantrag Europa-Wahlkonferenz	Erledigt
EU9	Juso Landesverband S-H	Solidarische Bundesliste zur Europawahl 2019	Angenommen
EU10	Kreisverband Kiel	Programmparteitag Europa	Angenommen
EU11	AfA	Für ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Angenommen
EU12	AfA	Die Europäische Union braucht zwischen den Mitgliedsstaaten einen Finanzausgleich	Angenommen
B1	Kreisverband Kiel	Besuch kultureller Einrichtungen verpflichtend in Fachanforderungen verankern	(Angenommen in geänderter Fassung)
Ä12		Änderungsantrag zum Antrag B1	(Übernommen durch Antragsteller in geänderter Fassung)
Ä13		Änderungsantrag zum Antrag B1	Zurückgezogen
B2	Kreisverband Segeberg	Lehrerversorgungsquote	Angenommen
P1	Umweltforum	Aufnahme der Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker in die Liste der Arbeitsgemeinschaften der SPD	Vertagung
P2	Ortsverein Lübeck-Burgtor (Kreisverband Lübeck)	Wir wollen mehr Demokratie wagen	Vertagung

P3	AsF	Möglichkeit einer freiwilligen Doppelspitze für sämtliche Gliederungen der Sozialdemokratie – zumindest jedoch für die Arbeitsgemeinschaften	Vertagung
P4	AsF	Eigenständige historische Arbeit der SPD erhalten	Vertagung
P5	Kreisverband Schl.-Flensburg	Erhalt historische Kommission	Zurückgezogen
P6	Kreisverband Kiel	Historische Kommission	Zurückgezogen
P7	Kreisverband Segeberg	Historische Kommission	Zurückgezogen
P8	AG 60plus	Gleiches Recht für Delegierte der Arbeitsgemeinschaften	Vertagung
P9	Kreisverband Schl.-Flensburg	Antrag	Nichtbefassung
P10	Juso Landesverband S-H	Einberufung Bundesparteitag	Angenommen in Ursprungsfassung
Ä9	Kreisverband Ostholstein	Änderungsantrag zum Antrag P10	(Übernommen durch Antragsteller)
P11	Kreisverband Segeberg	Überfälliger Strategiewechsel für linke Mehrheit diesseits der Union	(Vertagung)
P12	Kreisverband Segeberg	virtueller Ortsverein	Vertagung
SIR1	Kreisverband Nordfriesland	Ergänzung § 12 WoGG	Vertagung
SIR2	AsF	Jetzt durchstarten für Parität!	Vertagung
SIR3	Kreisverband Kiel	Geschlechterparität	Vertagung
SIR4	AsF	Wahrung des Amtseids durchsetzen	Vertagung
SIR5	AsF	Zehn zusätzliche, freie Tage für Betroffene häuslicher Gewalt	Vertagung
SIR6	AsF	Just Sports – No Violence	Vertagung
SIR7	Kreisverband Steinburg	Umgestaltung des Rentensystems im Angesicht des demographischen Wandels	Vertagung
SIR8	Kreisverband Steinburg AG 60plus	Überarbeitung des Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG	Vertagung

SIR9	Kreisverband Steinburg	Zuzahlung für rezeptpflichtige Arzneimittel	Vertagung
SIR10	AG 60plus	Aufwandsentschädigungen	Vertagung
SIR11	AG 60plus	Polizeipräsenz	Vertagung
SIR12	AG 60plus	Betreuungsrecht S-H	Vertagung
SIR13	Kreisverband Segeberg	allgemeinverbindliche Tarifverträge	Vertagung
SIR14	Kreisverband Segeberg	Anhebung Mindestlohn	Vertagung
SIR15	Kreisverband Segeberg	Resolution zum Tariftreue- und Vergaberecht	(Angenommen in geänderter Fassung)
UEV1	Umweltforum	Dieselmotoren stärker besteuern	Nichtbefassung
UEV2	Ortsverein Neuwittenbek (Kreisverband Rendsb.- Eckernförde)	Antrag an Landesparteitag	Vertagung
UEV3	Kreisverband Nordfriesland	ÖPNV in Schleswig- Holstein	Zurückgezogen
Anzahl der Anträge: 57			

Inhaltsverzeichnis

Europa

Bildung

Partei

Soziales, Innen und Recht

Umwelt, Energie, Verkehr

Angenommene und überwiesene Anträge

Europa

Mit Leidenschaft und Mut für ein geeintes und solidarisches Europa

(Angenommen)

I. Unsere Vision von Europa

5 Frieden, Freiheit, Gleichstellung und Wohlstand in Europa - das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis eines langen europäischen Prozesses. Die Europäische Union ist ohne Zweifel ein Erfolgsmodell. Gegründet im Bewusstsein des Schreckens zweier Weltkriege, vorangetrieben von Menschen mit Visionen für ein wirtschaftlich starkes und friedliches Europa.

10 Die Leidenschaft der gemeinsamen Vision ist in den letzten Jahren vielerorts abgekühlt. Frieden, Freiheit, Gleichstellung und oft auch Wohlstand sind in weiten Teilen Europas selbstverständlich geworden – aber eben auch ungleich verteilt geblieben. Und obwohl die Globalisierung die Welt jeden Tag kleiner werden lässt und ihre Folgen allgegenwärtig sind, ist es bislang nicht gelungen, Europa eine neue Zukunftsstrategie zu geben. Dabei
15 braucht es europäische Lösungen dringender denn je: Europa muss auch in Zukunft Garant für Frieden, Freiheit, Gleichstellung und Wohlstand sein. Europa muss Lösungen finden, damit sich die internationale Finanzkrise, deren Auswirkungen die europäischen Staaten bis heute betreffen, nicht wiederholen kann. Europa muss in einer gefährlich auseinanderdriftenden Gesellschaft fühlbar mehr Gerechtigkeit, Chancengleichheit und
20 Solidarität verwirklichen. Europa muss Antworten geben auf die große Anzahl an Menschen, die sich auf der Suche nach Schutz und einer Zukunft auf den Weg machen. Vor allem aber muss Europa den Menschen in allen Teilen des Kontinents eine kraftvolle Antwort geben, wofür es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gebraucht wird.

25 Konservative und neoliberale Konzepte haben den europäischen Kurs der vergangenen Jahre geprägt. Die strikte Sparpolitik hat die Schwächsten belastet, die Skepsis gegenüber der EU verstärkt und die Wohlstandskluft zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten vergrößert. Die Wohlfahrtsstaaten wurden unter dem Druck der Märkte beschnitten, Investitionen gestrichen, Standards der guten Arbeit auf Kosten von Arbeitnehmer*innen
30 abgesenkt, in vielen Ländern auch der Rechtsstaat ausgehöhlt und die Rechte von Frauen und Minderheiten gefährdet. Wenn heute die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien drastische Werte erreicht hat, in Italien Brücken einstürzen oder das öffentliche Eigentum in Griechenland verscherbelt wird, ist dies Folge einer hemmungslosen und fehlgeleiteten Kürzungspolitik. Deshalb brauchen wir europäische Standards.

35 Und es ist kein Zufall, dass in der Folge des „jeder für sich“ rechte Kräfte an Einfluss gewonnen haben. Populistische und europafeindliche Parteien spielen Menschen gegeneinander aus, stellen Einzelinteressen über die gemeinsamen, missachten Grundrechte und den Schutz von Minderheiten und bekämpfen teils unverhohlen die demokratischen
40 Institutionen. Die Erfolge der Rechten auf nationaler Ebene sind ein Warnschuss vor den Europawahlen. Es besteht die reale Gefahr, unser Europa an die Nationalisten und Demokratiefeinde zu verlieren. Das dürfen wir nicht zulassen.

45 Wir nehmen diese Herausforderung an! Die SPD kämpft gemeinsam mit ihren europäischen Schwesterparteien in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) für eine demokratische, konsequent rechtsstaatliche, nachhaltige und sozial gerechte Europäische Union. Gemeinsam stehen wir für Demokratie und Bürgerrechte, ökologisch-soziale Marktwirtschaft und solidarischen Wohlstand, Gleichstellung und Minderheitenschutz. Das

50 ist unser Gegenentwurf zu einem Europa der nationalen Egoisten. Wir wollen ein neues Gewicht für die Wertegemeinschaft Europa und Lösungen, die in gleichberechtigter Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreicht werden.

55 Unser Europa ist ein Europa mit solidarischen Bildungs- und Zukunftschancen für die junge Generation mit europäischer Identität und europäischer Verantwortung bei der Neuordnung der globalen Kräfte. Keine Abschottung, sondern Weltoffenheit und Verantwortung für die eine gemeinsame Welt müssen Europas Leitmotive sein, wenn
60 Klimawandel und Ressourcenknappheit, globales Bevölkerungswachstum, regionale Konflikte und Migration sowie Kapitalkonzentration demokratisch bewältigt werden sollen. Die höchste Priorität deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik ist es, eine gemeinsame gesamteuropäische Friedensordnung zu entwickeln. Mit den Staaten der Europäischen Union, aber auch darüber hinaus. Alle europäischen Staaten finden
65 Sicherheit, Wohlstand und die Aufrechterhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen nicht gegeneinander, sondern nur miteinander. Für alles das braucht es Europa.

Deshalb gilt jetzt erst recht: Wir haben auch weiterhin die Vision der **Vereinigten Staaten von Europa** im Blick. Mit Leidenschaft und Mut wollen wir dieses Leitziel nicht aus den Augen verlieren. Es ist unser Gegenentwurf zu einem Europa der nationalen Egoisten.

70 **Am 26. Mai gilt's: 11 zentrale Ziele der SPD Schleswig-Holstein**

Die Rechtspopulisten haben in Brüssel eine starke Stimme. Viele Chancen werden wir nicht mehr haben, ihren Vormarsch zu stoppen und für sozialdemokratische Anliegen Mehrheiten zu bekommen. Uns ist klar: Am 26. Mai gilt's. Wer die SPD wählt, entscheidet sich für Europa:

1. Wir werden **soziale Grundrechte und hohe soziale und ökologische (Mindest-) Standards** bei Löhnen und in den Sozialversicherungssystemen durchsetzen, um drohende Verarmungs- und Spaltungsprozesse zu bremsen, Lohn-, Sozial- und Steuerdumping abzuschaffen sowie die Gesundheitsvorsorge und Lebensgrundlagen zu erhalten. Dabei sind uns Familienplanung als Menschenrecht, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die Verhinderung weiblicher Altersarmut ein besonderes Anliegen. Entschlossen werden wir auch den Kampf gegen Antibiotika-Resistenzen angehen. Wir unterstützen den Plan der Europäischen Kommission für ein Paket zu sozialer Gerechtigkeit. Zu dem Paket gehören auch die Vorschläge zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, die insbesondere für die Menschen in Schleswig-Holsteins Grenzregionen von großer Wichtigkeit sind.
2. Wir wollen einen **Arbeitsmarkt** gestützt auf sozialen Dialog gestalten, der Arbeitslosigkeit europaweit bekämpft, prekäre Arbeitsverhältnisse und Scheinselbstständigkeit verhindert, den Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit‘ verwirklicht, dabei den ‚Gender Pay Gap‘ endlich schließt, insgesamt auskömmliche Löhne anstrebt und den Mindestlohn noch einmal spürbar hebt. Dabei bildet für uns die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einen besonderen Schwerpunkt. Kein Abschluss ohne Anschluss muss eine europaweite Garantie sein. Die Einrichtung eines permanenten europäischen Jugendbeschäftigungsfonds und der Ausbau der europäischen Austauschprogramme sowie die Unterstützung junger Menschen mit einem europäischen Mobilitätsprogramm können weitere sein. Wir fordern einen verbindlichen EU-Beschluss zur Umsetzung der Jugendgarantie in allen Staaten Europas. Dieser muss qualitative Mindeststandards enthalten. Diese Mindeststandards dürfen nicht hinter einer allgemeinen europäischen Ausbildungsgarantie zurückbleiben. Gleichsam muss dieser auch eine Ausweitung der Jugendgarantie bis zum 30. Lebensjahr enthalten und bereits nach zwei statt wie bisher vier Monaten greifen. Wir lassen nicht zu, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Dafür sorgen Lohngleichheit von Frauen und Männern, grenzüberschreitende Tarife und europäische

- 110 Tarifverhandlungen. Wir fordern ein stärkeres Vorgehen gegen die
Mitbestimmungsflucht ein. Durch Unternehmensformen wie SE (Europäische
Aktiengesellschaft) werden mitbestimmte Aufsichtsräte verhindert. Es braucht eine
EU-Richtlinie, die Mindeststandards für die Arbeitnehmer*innenbeteiligung im
europäischen Gesellschaftsrecht verankert. Diese Richtlinie soll auch vorsehen, dass
115 die Gründung von Betriebsräten in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften auf
betrieblicher Ebene in den EU-Staaten ermöglicht und vereinfacht wird. Die
„Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit“ ist ein schleswig-holsteinischer
Beitrag, um Sozialdumping sowie Missbrauch bei Werkverträgen, Leih- und
Zeitarbeit auszuschließen - nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus
Osteuropa.
- 120 3. Wir stehen für ein Europa, das die Menschenwürde nicht verhandelt, sondern Hilfe
leistet, wo Unterstützung geleistet werden muss und alle Mitgliedstaaten in eine
solidarische Pflicht nimmt. Hilfebedürftige Menschen dürfen nicht allein gelassen
werden. Die europäische Ebene kann den Kommunen direkt bei den
Integrationsleistungen helfen. Konkret wollen wir ein auf Freiwilligkeit basierendes
System schaffen, so dass Geflüchtete nicht mehr als Belastung verstanden werden,
sondern als Chance. Hierfür soll unter anderem ein europäischer Entwicklungs- und
125 Investitionsfonds eingerichtet werden, der all jenen Kommunen investive Mittel
zuteilt, die sich für die Aufnahme Geflüchteter bereiterklären! Der Fonds soll –
entsprechend der Wirtschaftskraft – von allen europäischen Ländern gedeckt
werden. Ein einheitliches europäisches **Asylrecht** ist nötig, das sich an humanitären
Grundsätzen orientiert und gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden muss.
Gleichzeitig braucht es Wege der legalen Einwanderung. Die Operation „Themis“,
130 die Such- und Rettungsaktivitäten im Mittelmeer zur Aufgabe hat, soll durch ein
umfassendes Konzept zur Seenotrettung im gesamten Mittelmeer ersetzt werden.
Wir haben großen Respekt vor der Arbeit privater Seenotrettungsorganisationen und
fordern, dass sie ihrer Arbeit unbehindert nachgehen können. Dennoch halten wir
Seenotrettung grundsätzlich für eine staatliche Pflicht. Die Länder an den EU-
135 Außengrenzen dürfen nicht im Stich gelassen und Angriffe auf Flüchtlingshelfer und
NGOs im Mittelmeer müssen geächtet werden. Durch die Unterstützung regionaler
entwicklungspolitischer Initiativen und Projekte kann und muss Schleswig-Holstein
mit dazu beizutragen, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen.
- 140 4. Wir sichern eine leistungsstarke **öffentliche Daseinsvorsorge**. Wir wollen allen
Bürgerinnen und Bürgern in Europa einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit,
sozialen Diensten, Bildung, Information und Beratung, Kultur, Energie- und
Trinkwasserversorgung (und -entsorgung), öffentlichem Personennah- und
-fernverkehr, flächendeckender Breitbandversorgung, Zugang zu sicheren
Kommunikationswegen und anderen Dienstleistungen und Gütern sichern. Wir
145 wollen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge eigene Aufgabe Europas wird.
- 150 5. Wir gestalten die **industrielle Erneuerung mit einer europaweiten Energiewende**
und der Schließung der Stoff- und Ressourcenkreisläufe. Die Europäische Union
muss weltweiter Vorreiter bei der „green economy“ werden; das Gleiche muss für
Deutschland innerhalb der EU gelten. Hierauf soll sich auch die Forschungs- und
Förderpolitik konzentrieren. Wir werden die Förderung der Atomenergie durch die
Europäische Union beenden. Der EURATOM –Vertrag soll in einen Vertrag zur
Förderung erneuerbarer Energien, innovativer Speichertechnologien und
Energieeinsparungen (EURONEW) umgewandelt werden. So wird es ein Umsteuern
155 weg von fossilen Energien wie Kohle und Öl geben. Wir können uns keine Politik
des kleinsten gemeinsamen Nenners mehr leisten, sondern brauchen ein Modell des
„voneinander Lernens“.
- 160 6. Wir erkennen, dass der technologische Wandel nicht allein eine Frage des Marktes
sein darf, sondern einer richtungsweisenden Gestaltung durch die EU bedarf.
Während Wirtschaftsunternehmen ein ureigenes Interesse an Konsum- und
Produktionssteigerung haben, muss Europa die Digitalisierung im Zusammenhang
mit der Ökologie und Ressourcensuffizienz begreifen.

- 165 7. Europaweite **Netzneutralität** (offenes Internet/alle Daten sind gleich) öffnet den Zugang zu einem digitalen Binnenmarkt für alle. Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz auf höchstem Niveau, der insbesondere die Rechte der Bürgerinnen und Bürgern wahrt und durchsetzt. Europaweit müssen wir uns mit ethischen und wirtschaftlichen Chancen und Risiken künstlicher Intelligenz auseinandersetzen.
- 170 8. Wir werden die **Finanztransaktionssteuer** endlich einführen, um die Finanzmarktakteure an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. So wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden können. Das setzt solide Einnahmen voraus. Die Lücken zwischen nationalen Steuersystemen, die von multinationalen Konzernen zur Steuervermeidung genutzt werden, müssen geschlossen werden. Wir wollen uns für die Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer und von Mindeststeuersätzen und für ein umfassendes europäisches Investitionsprogramm einsetzen. Die Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten muss künftig koordiniert und abgestimmt werden. Perspektivisch ist eine Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum einzurichten und ein gemeinsames Finanzbudget zu schaffen. Nur mit einem breit angelegten europäischen Investitionsprogramm kann Europa aus der Wachstumsschwäche herausgeführt werden. Dies ist eine ebenso wichtige Maßnahme wie die Schaffung einer Banken-Union, die einen europaweiten Abwicklungs- bzw. Einlagensicherungsfonds umfasst, unter angemessener Beteiligung von Anteilseignern und Kreditgebern. Der Teufelskreis zwischen angeblich „alternativloser“ Bankenrettung und nationalstaatlicher Verschuldung muss durchbrochen werden. Der Abbau der (finanzkrisenbedingten) Staatsverschuldung in den EU-Mitgliedstaaten über die notwendige partielle gemeinschaftliche Haftung für Staatsschulden kann über einen europäischen Schuldentilgungsfonds bewerkstelligt werden.
- 185 9. Wir fordern ein einheitliches und gerechtes Steuersystem für Unternehmen in Europa. Sie sollen dort Steuern zahlen, wo Gewinne tatsächlich erwirtschaftet werden.
- 190 10. Wir brauchen **Ordnungsstrukturen im globalen Wettbewerb**. Der faire Wettbewerb ist längst in Gefahr. Sozialdemokratische Standards bei den demokratischen Grundrechten, bei Gleichstellung, Arbeitnehmer*innenrechten und Umweltschutz sollen integraler Bestandteil der Handelsbeziehungen mit Drittländern sein. Auch die Gesundheitsversorgung, der Erhalt endlicher Ressourcen und der Artenvielfalt sind für uns hohe Güter. Das geht nur über Handelsabkommen, die dem Markt klare Regeln geben. Dabei gilt für uns: Fairhandel statt Freihandel. Eine Aushebelung der Demokratie werden wir nicht zulassen.
- 200 11. Wir wollen den Ausbau und die Verwirklichung des **Schutzes der Minderheiten** in der gesamten Europäischen Union. Dazu müssen mit einem/r EU-Minderheitenkommissar*in an der Spitze verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten geschaffen werden, die für die Durchsetzung der Minderheitenrechte und der verabredeten Standards für den Umgang mit Minderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie die Wahrung der kulturellen Vielfalt in der Union sorgen. Wir unterstützen die „Minority Safepack Initiative“, die ein umfassendes politisches Maßnahmenpaket für die Rechte nationaler und sprachlicher Minderheiten in Europa fordert.
- 210 12. Das Konzept biregionaler Beziehungen und Partnerschaften bleibt für uns zentraler Bestandteil europäischer **Friedenspolitik**. Das Zusammenwachsen der Regionen über eine gemeinsame politische Partnerschaft zu fördern, den Austausch zwischen Staaten zu intensivieren und die Zusammenarbeit zu festigen – so wird die EU als Friedensprojekt Vorbild für andere. Über eine Vertragsänderung wollen wir das Europäische Parlament hieran künftig beteiligen. Eine engere Verzahnung der bestehenden Rüstungsressourcen und eine strenge Anwendung des ‚Gemeinsamen
- 215

Standpunktes‘ der EU zu Rüstungsexporten muss zu einer fühlbaren Absenkung solcher Exporte und zur Abrüstung auf dem europäischen Kontinent führen. Wir stehen für ein soziales Europa, das nicht in Aufrüstung, sondern in Bildung und Zukunft investiert.

13. Die Europäische Union muss noch weiter auf eine demokratische Basis gestellt werden. Wir fordern, dass künftig über den Bestand und die Zusammensetzung der Kommission das Europäische Parlament entscheidet. Zur Aufwertung des Europäischen Parlaments gehört auch das Gesetzesinitiativ- und Haushaltsrecht. Darüber hinaus setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahl des Europäischen Parlaments ein. Des Weiteren ist die Schaffung einer europäischen Parteimitgliedschaft unabdingbar, um zukünftig noch mehr Menschen in die demokratischen Prozesse auf europäischer Ebene mitzunehmen.

14. Identität als Ziel und Mittel stärkt Europas Souveränität. Diese wird für eine solidarische Politik nach innen genauso gebraucht wie für eine Politik der gemeinsamen Verantwortung nach außen. Eine europäische Identität kommt nicht von alleine, sondern muss persönlich erfahren werden. Sie muss in den Gefühlen und Köpfen der Menschen wachsen. Ihr muss durch eine Förderung der gemeinsamen Kultur und eine umfassende Unterstützung für die Begegnung und den Austausch der Jugendlichen in Europa und darüber hinaus der Weg bereitet werden. Alle europäischen Jugendlichen müssen in ihrer Schulzeit oder während der Berufsausbildung oder dem Studium eine längere Zeit in einer Familie und einer Bildungseinrichtung in einem anderen europäischen Land verbringen können. Europa soll Zukunft gestalten mit einem Ausbau seiner Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in allen europäischen Ländern. Wir brauchen europäische Universitäten und ein europäisches Netzwerk von Einrichtungen der Berufsausbildung, der akademischen Forschung und der Weiterbildung. Die Mittel für gemeinsame Forschungsprogramme müssen verlässlich gesteigert werden und die großen Herausforderungen der Zukunft in den Mittelpunkt der gemeinsamen Forschungsförderung gestellt werden. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist für uns unverzichtbar. Sie ist ein Kern von Europas Identität und Souveränität in der Welt von morgen.

15. Wir stellen uns konsequent gegen den Rechtsruck in Europa. In Anbetracht des Austritts des Vereinigten Königreichs und aller globalen Herausforderungen, von grundloser Überfremdungsangst über kopf- und konzeptlose Abstiegsängste bis zum Klimawandel zeigt sich, dass es heißen muss: jetzt erst recht! Jetzt erst recht in eine gemeinsame europäische Zukunft, zeigt doch die Überstaatlichkeit dieser Punkte gerade die fehlende Zukunftsfähigkeit jedweder Kleinstaaterei. Deshalb gilt es, ganz im europäischen Sinne über nationale Grenzen hinweg, offensiv für die in der Vergangenheit so erfolgreichen europäischen Ideen von Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle in Europa zu werben; jede Mentalität des reinen Dagegen ist zu allererst gegen die Demokratie, jede Mentalität des Nationalen ist zu allererst gegen den Frieden und muss deshalb ohne Zukunft bleiben. In uns haben die Rechtspopulisten und Rechtsextremisten ihren entschiedensten Gegner. Wir wollen, dass die Städtepartnerschaften verstärkt genutzt werden, um Fremdenhass abzubauen. Insbesondere Bürgerinnen und Bürgern wird die Teilnahme an Städtepartnerschaften ermöglicht.

II. Schleswig-Holstein – wir wollen Vorreiter sein!

Für die SPD Schleswig-Holstein hat die Zusammenarbeit mit unseren nördlichen und östlichen Nachbarn im Ostseeraum eine besondere Bedeutung. Von dort empfangen wir viele Impulse für eine freiere Kultur und eine fortschrittlichere Gesellschaftspolitik. Schleswig-Holstein profitiert von Europa, insbesondere aber von seiner Lage an der Ostsee. Die Förderprogramme sind ein greifbarer und erlebbarer Beleg. Wir lehnen das Vorhaben der Landesregierung ab, die zur Kofinanzierung erforderlichen Landesmittel nur noch im Ausnahmefall bereitzustellen. Die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie wird erfolgreiche EU-geförderte Projekte nicht aufs Spiel setzen. Die europäischen Fördermittel

275 für das Land Schleswig-Holstein müssen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung
eingesetzt und soziale Ungerechtigkeiten abgefedert und ausgeglichen werden. Dafür
müssen auch unsere Kommunen und Verwaltungen fit für Europa gemacht werden.

280 Die Tradition grenzüberschreitender Zusammenarbeit haben wir mit Ministerpräsident
Björn Engholm bereits 1988 begonnen, als Europa noch geteilt war. Dies sollte wieder ein
gelebter Teil der Entspannungs- und Friedenspolitik sein. Damals wie heute haben wir die
Kontakte gesucht und eine Minderheitenpolitik gelebt, die Vorbild in Europa ist. Diese
Rolle wollen wir mit den Nachbarn an der Ostsee im Rahmen der EU-Strategie für den
285 Ostseeraum in Form einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Modellregion
ausbauen, die eine neue Dynamik in die gesamte europäische Entwicklung bringen wird. In
den vergangenen Jahren mussten wir auch Rückschritte hinnehmen. Diese belegen aber vor
allem den Bedarf an guten Kontakten zu Russland, das in fast allen Gremien der
Kooperation vertreten ist. Kommunikation ist eine Basis und darf nie aufgegeben werden.
Unser **Zukunftsbild der Ostseeregion** bleibt uns Verpflichtung.

290 Die Region der Zukunft steht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für

- eine neue Vision, in der demokratische Teilhabe gefördert und verbessert wird. Schleswig-Holstein ist für die Umsetzung der Priorität Kultur in der EU-Ostsee-Strategie zuständig, die Förderung der Ostseeidentität ist dabei zentral;
- 295 • die Fortsetzung, ja Intensivierung einer zeitgemäßen Gleichstellungspolitik nach dem Vorbild der skandinavischen Länder, die uns auf diesem Gebiet immer noch weit voraus sind;
- die effektive Reduzierung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten im Arbeitsmarkt und die Förderung der Inklusion;
- 300 • den Beleg, dass hochwertige Produkte, effiziente Organisation, Innovationen und hohe soziale Standards im weltweiten Wettbewerb verknüpft werden können und „Blaues Wachstum“ spürbar wird;
- eine Neuauflage der Initiative Zukunft Meer, die den Nachhaltigkeitsaspekt der europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie besonders in den Fokus stellt;
- 305 • das Meer als zentraler Bestandteil der Ostseeraumpolitik, deshalb werden wir Plastikverpackungen konsequent reduzieren, indem wir uns für eine Steuer auf Plastiktüten und ein europäisches Pfandsystem für Ein- und Mehrwegflaschen stark machen und ein Verbot von nicht stofflich verwertbarem Plastik stark machen;
- den sorgsamsten Umgang mit der Ressource Fisch. Deshalb wollen wir uns auf europäischer Ebene weiter für die nachhaltige Fischerei in Nord- und Ostsee sowie den Erhalt der kleinen und handwerklichen Fischerei einsetzen;
- 310 • die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, um gerade in schwerer zugänglich und dünner besiedelten Gegenden die Versorgung der Menschen sicherzustellen, beispielsweise in der Infrastruktur des Gesundheits- und Pflegewesens und so Digitalisierung, beispielsweise bei eHealth, erleben lässt;
- 315 • Offenheit für Neues. Auch deshalb wollen wir einen intensiven Austausch über E-Sports und seinen Ausbau insbesondere als Breitensport vorantreiben;
- den Ausbau und Förderung von Bildungsk Kooperationen mit Schulen, im Ausbildungsbereich, dem Handwerk und den Hochschulen insbesondere im deutsch-dänischen Grenzgebiet. Der grenzüberschreitende Austausch stärkt den europäischen Zusammenhalt und erweitert die Perspektiven junger Menschen. Wir werden noch mehr Schulen ermuntern, den Austausch im Ostseeraum zu suchen und europäische Demokratie auf diese Weise erlebbar zu machen;
- 320 • weltweit konkurrenzfähige Cluster, die auf regionaler Stärke und gemeinsamen Anstrengungen beruhen, wissenschaftliche Kooperationen müssen noch enger gefördert werden;
- 325 • eine lange Tradition maritimer Verkehrsinfrastruktur, die das Prinzip „From Road to Sea“ konsequent umsetzt und in der auch eine hierauf „integrierte maritime Politik“ ausgerichtet ist;
- eine Modellregion der Nachhaltigkeit, in der mit der Nutzung erneuerbarer Energien

330 und einer Steigerung der Energieeffizienz sowie einer engeren Energie-Kooperation
Energiesicherheit hergestellt, Stoffkreisläufe geschlossen werden und in diesen
Bereichen viel mehr Beschäftigung geschaffen wird;
• eine lebhafte Nutzung der vorhandenen Kooperationsstrukturen und des Dialogs.
335 Innerhalb der EU-Ostseestrategie müssen gerade die Regionen besser an der
Umsetzung beteiligt werden. Jugendaustausch und die Verankerung des Dialogs mit
der Jugend in den Gremien bleiben zentrale Anliegen.

Für eine gute Zukunft braucht Schleswig-Holstein ein solidarisches und geeintes Europa
ohne Grenzen. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen der Gesellschaft ein. Auf diesem Weg
340 lassen wir uns nicht von den derzeitigen Grenzkontrollen einzelner Nachbarstaaten
irritieren. Insbesondere die engen Kooperationen mit Dänemark bleiben für auch uns im
Rahmen der Ostseekooperationen wichtige Anliegen. Wir setzen uns für eine
makroregionale Strategie für den Nordseeraum ein, deren Hauptziel der Aufbau einer
gemeinsamen Identität der Anrainerregionen ist, um grenzüberschreitende Lösungen für
345 aktuelle gemeinsame Herausforderungen – gerade durch den bevorstehenden Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der EU - zu finden. Die SPD Schleswig-Holstein möchte mit
den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ein Vorreiter eines offenen, toleranten,
gleichberechtigten und sozialen Europas sein. Die Europäische Union beschränkt sich nicht
nur auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern organisiert den sozialen
350 Zusammenhalt - viele Herausforderungen lassen sich nicht allein auf der Ebene der
Nationalstaaten lösen. Mit der Neubelebung der Ostseepolitik wollen wir uns im Norden
Europas diesen gemeinsamen Aufgaben stellen.

Antragsbereich EU/ Antrag 2

Kreisverband Lauenburg

Vor Ort in Europa

(Angenommen)

Neue europäische Identität durch Stärkung von Daseinsvorsorge

5 Das zusammenwachsende Europa der letzten Jahrzehnte, wie wir es kennen, ist in Gefahr –
in vielfacher Hinsicht: Ein wichtiges Mitgliedsland verlässt die Europäische Union. Die
Vereinigten Staaten von Amerika sind kein verlässlicher Partner. Die Sicherheitslage muss
neu definiert werden. Die unbewältigte Migration spaltet die Union. Die Unterschiede in
den Mentalitäten der europäischen Völker verschärfen vorhandene Probleme. Einzelne
10 Mitgliedsländer verlassen den europäischen Wertekonsens. Die Gewaltenteilung des
Rechtsstaats wird immer öfter in Frage gestellt.

In dieser ernsten Ausgangslage ist es von großer Bedeutung, die Akzeptanz der
europäischen Idee trotz aller Rückschläge auch in Deutschland wieder zu verbessern und
ihre Grundlagen zu stärken. Dies kann durch eine europäisch gestützte Daseinsvorsorge
15 gelingen – als Meilenstein einer für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger spür- und
messbaren Reform und Vertiefung der Europäischen Union. So gelingt ein auch in Krisen-
und Konfliktfällen handlungsfähiger europäischer Staatenbund.

Daseinsvorsorge europäisch stärken

20 Neben der großen Errungenschaft einer Europäischen Union als Friedensgarant und
Wertegemeinschaft, neben der in Europa erreichten Freizügigkeit und
Niederlassungsfreiheit, neben dem Zusammenwachsen der europäischen Völker, das die
heranwachsende Generation bereits als Normalität wahrnimmt, zählen auch europaweite
25 Ausschreibungen und der sich erhöhende Druck, öffentliche Leistungen zu privatisieren zu
den identitätsbestimmenden Merkmalen der Europäischen Union.

30 Die mit dem Rettungspaket für Griechenland enthaltenen Privatisierungs-Verpflichtungen, etwa in Bezug auf Flughäfen, beweisen das bis heute verfolgte Streben nach Marktliberalität. Dabei haben die vergangenen Jahrzehnte bewiesen, dass Privatisierungen häufig verfehlt waren. Nicht selten wurden sie während der letzten Jahre vor Ort – etwa bei der Wasserversorgung – wieder rückgängig gemacht. Der Verkauf von Busflotten an ausländische Investoren, um die Busse gegen Gebühr zu leihen, hat sich als verfehlt erwiesen.

35 Europaweite Ausschreibungen erweisen sich für Kommunen und kleine Unternehmen als Überforderung und nicht selten als ein Instrument der faktischen Ausgrenzung von Marktteilnehmern und Verzögerung von Maßnahmen. Viele weitere Beispiele ließen sich anführen.

40 Als Friedensgarant und Wertegemeinschaft muss die Europäische Union auch nach innen gefestigt sein. Hierfür braucht Europa identitätsstiftende Veränderungen. Europa muss im Alltag für die Menschen und ihr persönliches Umfeld eine Perspektive von Schutz und Verlässlichkeit bieten. Ein stabiles Europa verlangt dabei auch, Fehlentwicklungen und daraus resultierende Reformbedarfe zu benennen – im Lichte der heutigen Anforderungen an die Staaten Europas.

50 Eine Ökonomie, die blind vor ihren Folgeeffekten ist, verfehlt ihren Zweck. Es sind die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass auch Normalverdiener ein kleines Finanzvermögen als Sicherheit, insbesondere für das Alter, ansparen können, ohne sich auf riskante, spekulative Dinge einzulassen. Politisch gewollte Inflation bei zugleich ebenfalls gewollter minimaler Verzinsung entwertet die als Vorsorge ersparten kleinen Vermögen und untergräbt das Vertrauen in die Politik. Der Markt muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Es geht um die demokratiekonforme Marktwirtschaft statt um die marktkonforme Demokratie.

55 Insbesondere die staatlich garantierte Fürsorge kann die Verbundenheit von Menschen mit ihrer Region und den verantwortlichen Institutionen gewährleisten. Ein verlässlicher Staat steht für Fürsorge von frühkindlicher Bildung bis zur Altenpflege. Die Leistungen bietet er unabhängig von ihrer Wirtschaftlichkeit. Er garantiert sie auch, wenn Bedingungen individuell nicht erfüllt werden können. Dies ist ein Kernelement des Sozialstaates als Ausdruck einer wertegetreu funktionsfähigen Demokratie.

60 Ein starker Sozialstaat wie Staatenbund gibt auch der Privatwirtschaft einen gemeinwohlorientierten Rahmen. Zugleich sind auch einer wertekonformen Privatwirtschaft die Grenzen des Marktes gesetzt, der ohne Gewinn nicht funktioniert.

70 Wenn die Grenzen des Marktes die Lebensadern einer Gesellschaft betreffen und Leistungen fortfallen oder nicht mehr für alle Menschen verfügbar sind, fühlen sie sich auch vom Staat im Stich gelassen. Dann wenden sie sich entweder von der politischen Mitgestaltung ab oder wählen den Protest. Im Kern geht es dabei um Angst vor verloren gehender Stabilität und Identität. Dies mag auch das derzeitige Aufwachen von Rechten und Faschisten in Europa begünstigen.

75 Örtliche Institutionen, vom Rathaus über die kommunalen Stadtwerke, Kindertagesstätten bis hin zum Seniorenheim, können und müssen für eben diese Stabilität und Verlässlichkeit stehen, mit der Menschen ihre persönlichen Perspektiven verbinden können und Schutz bzw. Fürsorge erfahren.

80 Damit ist insbesondere die kommunalpolitische Ebene der Zenit politischer Bindung und zugleich Maßstab für das Vertrauen in alle weiteren staatlichen Ebenen und Institutionen, denen nicht zuletzt eine Garantenstellung für Daseinsvorsorge zukommt. Daseinsvorsorge wird hierdurch auch eine Landes-, Bundes- und europäische Aufgabe.

Daseinsvorsorge ist sachlich nicht definiert. Je nach den gesellschaftlichen Bedarfen

85 wandelt sich das Verständnis von Aufgaben der Daseinsvorsorge. Erfasst sind Leistungen,
die für das gesellschaftliche Leben auch jenseits funktionierender Märkte unverzichtbar
sind: Das Vorhalten von Wasser und bezahlbarem Wohnraum, die Aufbereitung von
Abwasser, Müllentsorgung oder auch die Energieversorgung und Infrastruktur sowie
90 Bildung, die Pflege von Menschen, Gesundheitsversorgung, öffentliche Sicherheit,
Feuerwehr, die Fürsorge für Menschen mit Behinderungen und eine gute Infrastruktur unter
Einbeziehung des Internets zählen hierzu. Und auch Verfügbarkeit von gesunder
Ernährung, Vorsorge für saubere Luft und Böden sowie Klima- und Ressourcenschutz
müssen als Leistungen der Daseinsvorsorge gelten.

Eine zukunftsfeste Identität für Europa kann eben hier ansetzen:

95 Europa muss für Schutz und Fürsorge stehen. Europa muss Förderer und Garant für
Leistungen der Daseinsvorsorge werden. Dies muss sich sowohl in den rechtlichen
Rahmenbedingungen wiederfinden als auch im europäischen Haushaltsplan.

100 Während der Binnenmarkt und dessen Vertiefung erklärtes gemeinsames Ziel der
Europäischen Union ist, gibt es kein solches in Bezug auf die Stärkung von
Daseinsvorsorge, auch wenn sie den Mitgliedstaaten grundsätzlich zugestanden wird. Nicht
zuletzt im Zusammenhang mit der Erschließung des Binnenmarktes auch für den
Dienstleistungsbereich war und ist die Daseinsvorsorge allerdings einem verstärkten
105 europäischen Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck ausgesetzt. Eben hier muss eine
Reform ansetzen.

Wir wollen Daseinsvorsorge im Zeichen europäischer Politik etablieren. Die Europäische
Union muss es aktiv fördern, wenn Kommunen für bezahlbaren Wohnraum sorgen, wenn
Kommunen und kommunale Verbände die Wasserversorgung leisten, wenn sie
110 Schwimmbäder unterhalten und wenn sie Krippen- und Kitaplätze mit qualifizierten
Beschäftigten sowie Seniorenheime unabhängig von ihrer Wirtschaftlichkeit einrichten. Die
Förderung und Stärkung von Daseinsvorsorge gilt es als Selbstverständnis und neues
Identitätsmerkmal der Europäischen Union aufzubauen. So kann eine neue Verbundenheit
der Bürgerinnen und Bürger Europas zur Europäischen Union und eine neue europäische
115 Identität geschaffen werden, die für ein stabiles Europa steht.

Daraus folgt für uns:

Die Stärkung der Daseinsvorsorge ist als gemeinsames europäisches Ziel zu verankern.

*Antragsbereich EU/ **Antrag 3***

Kreisverband Kiel

Gleiche Pflichten, gleiche Rechte – Ausländerwahlrecht bei der Europawahl ermöglichen

(Angenommen)

Als SPD stehen wir für möglichst gleiche Beteiligung von möglichst vielen. Das gilt für die
Absenkung des Wahlalters – zuletzt auf 16 Jahre bei Landtagswahlen in Schleswig-
5 Holstein – genauso wie für das Wahlrecht von Ausländern. Wie mit der Regierung von
Björn Engholm im Jahr 1989 wollen wir an der Spitze der Bewegung für mehr Demokratie
stehen.

10 Deshalb soll sich die SPD-Landtagsfraktion dafür einsetzen, dass auch Menschen, die keine
EU-Bürger*innen sind und dauerhaft in Schleswig-Holstein leben, das kommunale
Wahlrecht erhalten.

Und die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf drängen, dass auch Menschen, die dauerhaft

15 in Deutschland leben und keine EU-Bürger*innen sind, an den Wahlen für das Europäische
Parlament im Jahr 2019 teilnehmen können. Wenn nötig, werden wir dafür den Vorschlag
einer Änderung des Grundgesetzes einbringen.

20 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Inzwischen ist das nicht nur die gelebte, sondern
auch die akzeptierte Realität. Allerdings gibt es immer noch viele Hürden für Integration.
Dazu zählt das Wahlrecht.

25 Schon 1989 hat sich Schleswig-Holstein unter sozialdemokratischer Führung dafür
entschieden, Menschen, die seit mindestens fünf Jahren berechtigt im Inland leben, das
kommunale Wahlrecht zu ermöglichen. Dieser Vorstoß ist damals am
Bundesverfassungsgericht gescheitert.

Inzwischen hat sich diese Position zumindest im Grundsatz durchgesetzt. Ausländische
EU-Bürger haben dank des Vertrags von Maastricht das Recht, an kommunalen Wahlen in
Deutschland teilzunehmen.

30 Jetzt ist es an der Zeit für weitere Schritte. Es ist nicht gerecht, dass Menschen, die seit
vielen Jahren bei uns leben, Steuern zahlen und auf viele Arten zum Gemeinwesen
beitragen, allein aufgrund ihres Passes von politischer Partizipation bei allen Wahlen
ausgeschlossen werden.

35 Die Argumentationen gegen eine Ausweitung des Wahlrechts ähneln sich. Wir kennen sie
vom politischen Kampf für die Abschaffung des Zensus-Wahlrechts oder aus den
Auseinandersetzungen bei der Einführung des Frauenwahlrechtes.

Antragsbereich EU/ Antrag 4

AsF

Verbindliche gemeinsame Kontrolle und Einschränkung von Rüstungsexporten aus der Europäischen Union – dem Friedensnobelpreis gerecht werden!

(Angenommen)

5 Der „Gemeinsame Standpunkt“ der Europäischen Union zu Rüstungsexporten ist zu einer
echten supranationalen Verbindlichkeit auszubauen. Das bedeutet mindestens eine
nachprüfbare Einigkeit unter den Mitgliedstaaten in der Auslegung der „acht Kriterien“¹⁾ –
letztlich jedoch, im Zuge vertiefter europäischer Integration, eine echte gemeinsame
Rüstungsexportkontrollpolitik nach strengen Regeln, bei parlamentarischer Beschluss-
fassung und maximaler Transparenz für die Öffentlichkeit.

10 Die militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU (GSVP, PESCO seit Ende 2017) ist
verlässlich im Sinne der nachfolgend aufgeführten „acht Kriterien“ auszugestalten. In
Anbetracht der aktuellen Weltlage sind die aus den Jahren 1998/2008 stammenden
Kriterien absehbar zu verschärfen – niemals jedoch aufzuweichen.

15 Das Gleiche gilt für die tatsächliche Exportpraxis.

20 Ziel ist die Reduktion – nicht Ausweitung – von Rüstungsexporten aus dem Bereich der
Europäischen Union. Die Nachverfolgbarkeit sämtlicher militärischer, auch Dual Use-
Güter und Waffenkomponenten, in den Empfängerländern ist ab sofort zwingend ein-
zurichten. Für den Austausch von Expertise und für Lizenzprodukte sowie exterritoriale
Produktion unter dem Dach von Unternehmensbeteiligungen sind analoge Regelungen zu
schaffen, die auch für private Firmen gültig sind.

1) Die Kriterien des „Gemeinsamen Standpunktes“ lauten wie folgt (Quelle: bpb):

25 **Kriterium 1:** Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten, insbesondere der vom UN-Sicherheitsrat oder der Europäischen Union verhängten Sanktionen, der Übereinkünfte zur Nichtverbreitung und anderen Themen sowie sonstiger internationaler Verpflichtungen

30 **Kriterium 2:** Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland

Kriterium 3: Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten

35 **Kriterium 4:** Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region

Kriterium 5: Nationale Sicherheit der Mitgliedsstaaten und der Gebiete, deren Außenbeziehungen in die Zuständigkeit eines Mitgliedsstaats fallen, sowie nationale Sicherheit befreundeter und verbündeter Länder

40 **Kriterium 6:** Verhalten des Käuferlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung seiner Haltung zum Terrorismus, der Art der von ihm eingegangenen Bündnisse und der Einhaltung des Völkerrechts

45 **Kriterium 7:** Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen

50 **Kriterium 8:** Vereinbarkeit der Ausfuhr von Militärtechnologie oder Militärgütern mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Staaten bei der Erfüllung ihrer legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse möglichst wenige Arbeitskräfte und wirtschaftliche Ressourcen für die Rüstung einsetzen sollten

Antragsbereich EU/ Antrag 6

Kreisverband Steinburg

Grenzkontrollen innerhalb der EU

(Angenommen)

5 Wir fordern die SPD Fraktionen im Landtag und im Bundestag auf, sich massiv dafür einzusetzen, dass die Grenzkontrollen innerhalb der EU an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes schnellstmöglich eingestellt werden.

Antragsbereich EU/ Antrag 9

Juso Landesverband S-H

Solidarische Bundesliste zur Europawahl 2019

(Angenommen)

Die ersten 16 Plätze der SPD-Bundesliste zur Europawahl sollen mit 16 Kandidat*innen aus 16 Bundesländern, d. h. aus 16 SPD-Landesverbänden, besetzt werden.

Antragsbereich EU/ Antrag 10

Kreisverband Kiel

Programmparteitag Europa

(Angenommen)

Über unser Wahlprogramm für die Europawahl muss spätestens im Februar auf einem Bundesparteitag beschlossen werden.

Antragsbereich EU/ **Antrag 11**

AfA

Für ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

(Angenommen)

Die Arbeitnehmer*innen auf unserem Kontinent, in der Europäischen Union, sind seit geraumer Zeit in einer sehr schwierigen Situation. Die Nord SPD fordert folgende fünf Reformen anlässlich der Wahlen zum Europaparlament im kommenden Jahr:

• Vorrang für die Realwirtschaft. Strohfirmen und die Verlagerung von Unternehmenssitzen sollten strikten Regelungen unterliegen. Ein Unternehmen sollte sich nur in einem Land registrieren dürfen, in dem es auch faktische Geschäftsaktivitäten betreibt. Außerdem sollten Unternehmen durch entsprechende Bestimmungen daran gehindert werden, die Zahlung von Steuern an dem Ort, an dem der Realwert geschaffen wird, zu umgehen. Dazu gehört auch ein nach Ländern aufgegliedertes Rechnungslegungssystem, eine harmonisierte Steuerbasis und Nulltoleranz gegenüber allen Steueroasen.

• Schaffung einer unabhängigen, für Arbeitnehmermobilität zuständigen Behörde. Diese finanziell und personell voll ausgestattete Behörde muss effektive Befugnisse haben, insbesondere, um Regelungen vorzuschlagen und durchzusetzen, die EU-Arbeitnehmer schützen, wo immer EU-Koordination erforderlich ist.

• Stärkung der Beteiligung von Arbeitnehmern an Unternehmen. Arbeitnehmer sollten das Recht haben, Arbeitnehmervertreter zu wählen, die im Aufsichtsrat sitzen, wie es bereits in 18 der 28 Mitgliedsstaaten und in 44 % der größten EU-Unternehmen der Fall ist. In Ländern, die dieses Recht neu einführen, sollte den bestehenden Traditionen und Praktiken in Bezug auf industrielle Beziehungen dabei Rechnung getragen werden. Die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten im Allgemeinen müssen ebenfalls gestärkt werden.

• Schaffung einer zwingenden Sorgfaltspflicht in Bezug auf Subunternehmer. Neue Regelungen müssen große Unternehmen dazu verpflichten, ihre gesamte Lieferkette zu überwachen, um die Verletzung von grundlegenden Menschen- und sozialen Rechten durch ihre Subunternehmer zu verhindern.

• Schaffung eines verbindlichen Informationssystems, das an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst ist. Normen im Bereich Rechnungslegung sollten nicht einem privatwirtschaftlichen Gremium (International Accounting Standards Board) überlassen sein, das vor allem am Shareholder Value interessiert ist, sondern müssen auch die Nachhaltigkeit berücksichtigen. An der Entwicklung von Extra-Financial-Reporting muss auch weiterhin gearbeitet werden, um mehr Transparenz in Sozial- und Umweltangelegenheiten zu schaffen. Darunter fallen auch Probleme im Bereich Geschlechtergleichstellung, die noch viel entschlossener angepackt werden müssen.

Die vorstehend genannten Reformen sind bei weitem nicht erschöpfend, zeigen aber die Richtung, in die die neuen Maßnahmen gehen sollten: EU-Arbeitnehmer*innen dürfen beim Aufbau der EU nicht mehr länger außen vor bleiben. Solche wichtigen Reformen - die die Grundlage für die neuen Rechte und Pflichten von Unternehmen schaffen - dienen als Entwurf für ein neues europäisches Modell, das nicht nur Staaten, deren Rechte zu uneinheitlich sind, näher zusammenbringen, sondern auch dafür sorgen kann, dass wir uns vom angelsächsischen Modell und vom Kapitalismus asiatischer Prägung abheben. Dieses neue europäische Modell basiert auf dem Erbe eines Humanismus, der bei der

Antragsbereich EU/ **Antrag 12**

AfA

Die Europäische Union braucht zwischen den Mitgliedsstaaten einen Finanzausgleich

(Angenommen)

Die Nord SPD fordert zur Herstellung gleicher Lebensverhältnissen, zum Ausbau und zur Stabilisierung der Solidarität innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten, zur konsequenten Absicherung von Freiheit, Demokratie und Recht, die Einführung eines Finanzausgleichs zwischen den Mitgliedsstaaten (nach dem Beispiel des Länderfinanzausgleichs in Deutschland), insbesondere in den Euro-Ländern. Der Finanzausgleich eröffnet die Chancen auf einen entscheidenden Beitrag zum moralökonomischen Gleichgewicht hin zur Schaffung von gleichen Lebensbedingungen und -verhältnissen in ganz Europa.

Für die 500 Millionen Bürger*innen müssen die Institutionen der Europäischen Union den Ausgleich zum sozialen und politischen Zusammenhalt organisieren, verbriefen und garantieren, d.h. die sozialdemokratische Haltung schließt, neben dem angestrebten Finanzausgleich, konkret mit ein*:

- ein Ende der Sparpolitik,
- die beharrliche Bekämpfung von Armut und Ungleichheit,
- die Einführung einer verbindlichen sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen und die Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte,
- mehr Rechte für die Arbeitnehmer*innen und die Stärkung der Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Mitbestimmung im Betrieb,
- Ausbau der Ordnungs- und Schutzfunktion (der Kapitalismus und die digitale Transformation bedürfen der Einhegung) - klarer und neuer Regeln,
- Ausbau von Sozialschutz und Arbeitsmarktregulierung im technologischen Wandel und in der außenwirtschaftlichen inklusiven Globalisierung,
- die Zulassung und Gewährleistung von grenzüberschreitende Aktionen zur Durchsetzung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten entlang der Wertschöpfungsketten in multilateralen Unternehmen,
- strikte Umsetzung der Entsenderichtlinie zur Einschränkung der Lohnkonkurrenz,
- Einrichtung einer koordinierenden Europäischen Arbeitsbehörde,
- die Fortsetzung der EU-Förderung der EURES-Grenzpartnerschaften sowie zur Information und Beratung über die fairen Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer*innen, die das Freizügigkeitsrecht in Anspruch nehmen,
- ein stärkeres Europäisches Parlament - nicht die EU-Kommission, sondern das Parlament muss Hüter der Verträge und gesetzgebendes Organ werden,
- den Marktradikalismus und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge unverzüglich beenden, damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der sozialen Zusammenhalt, die

kulturelle Vielfalt, die humane und menschenwürdige Migration sowie die Demokratie und der Frieden auf dem Kontinent nicht länger gefährdet werden,

50 - durch gleiche und verallgemeinernde Methoden (Steuerharmonisierung; Steuerkonkurrenz und Profitattraktion durch Manipulation von konzerninternen Verrechnungspraktiken abbauen) das Gleichgewicht in Europa verwirklichen,

55 - eine faire Handelspolitik, die die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung weltweit fördert und

- die Chancen und Perspektiven durch den Wohlstand für alle eröffnen.

Bildung

Besuch kultureller Einrichtungen verpflichtend in Fachanforderungen verankern

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, verpflichtende Besuche von kulturellen Einrichtungen in den Fachanforderungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächer zu verankern. Dazu zählen auf der einen Seite Museums- und Ausstellungsbesuche und auf der anderen Seite Opern-, Theater- und Konzertbesuche. Es ist sicherzustellen, dass in jeder Altersstufe (Grundschule, Unter-, Mittel- und Oberstufe) mindestens ein Besuch in beiden Bereichen von allen Schüler*innen absolviert wird. Die anfallenden Kosten für den /die Besuche werden aus Landesmitteln übernommen und an die Schulträger direkt für kulturelle Bildung weitergeleitet.

10

Lehrerversorgungsquote

(Angenommen)

Der Landesparteitag möge beschließen und gleichzeitig an die Landtagsfraktion weiterleiten:

5 Die SPD Schleswig-Holstein und die SPD Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, die Landesregierung SH aufzufordern eine Lehrerversorgungsquote in Schleswig-Holstein von mindestens 107 Prozent im öffentlichen Schulsystem zu gewährleisten!

Partei

Einberufung Bundesparteitag

(Angenommen)

5 Die SPD Schleswig-Holstein fordert den Parteivorstand auf, einen außerordentlichen Bundesparteitag einzuberufen. Auf diesem soll über die aktuelle Situation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beraten werden. Besondere Schwerpunkte bilden dabei die Frage der Fortsetzung der Großen Koalition, der aktuellen Stand der inhaltlichen Erneuerung sowie eine mögliche personelle Erneuerung.

Soziales, Innen und Recht

Resolution zum Tariftreue- und Vergaberecht

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein lehnt das Gesetzesvorhaben der schwarz-grün-gelben Landesregierung das Tariftreue- und Vergaberecht in Schleswig-Holstein auszuhöhlen ab. Eine Änderung des Tariftreue- und Vergaberechts darf nicht zu Lasten von guter Arbeit, Sozialstandards und Umwelt gehen!

10 Wir fordern, dass öffentliche Aufträge ausschließlich weiterhin nur an Unternehmen landesweit vergeben werden, die sich an die für ihre Branche gültigen Tarifverträge halten und die sicherstellen, dass in der Wertschöpfungskette keine Kinderarbeit stattfindet.

15 Wir unterstützen die SPD-Landtagsfraktion, das BEI und den DGB Nord in ihrem Kampf gegen dieses Vorhaben und bitten die Kommunalpolitiker/innen der SPD in Schleswig-Holstein, in den Kommunalvertretungen dies zu thematisieren, denn das Gesetz bindet alle Auftraggeber der öffentlichen Hand.

II. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

Ä1;Ä2;EU5;EU7;Ä7;EU8;

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

Ä9;

3. Nichtbefassung wurde beschlossen für die Anträge:

P9;UEV1;

4. Zurückgezogen wurden die Anträge:

Ä13;P5;P6;P7;UEV3;